



Sitzungsniederschrift

Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	08.03.2012	Niederschrift gefertigt am: 29.03.2012
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RV Johannes Terfehr

Stimmberechtigtes Mitglied

BG Jann Ennen
RM Helga Meyer
BG Karin Rass
RM Stefan Wehlage
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann
RM Barbara Bakker-Dinkla
RM Christian Budde
1. stv. BM Jan Harms
2. stv. BM Axel Stange
RM Bernhard Onnen
BG Manfred Plavenieks
BG Sascha Nüchter
BM Frank Ulrichs
RM Volker Lenz
RM Heidi Raschke

Von der Verwaltung

StAR Talea Karow
StAR Jürgen Vißer

Schriftführer

Verw.-Angest. Heike Müller

Entschuldigt fehlen:

RM Jakob Onnen

Tagesordnung

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.12.2011 - öffentlicher Teil
7. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Übernahme einer 100 %igen Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wohnungsgesellschaft mbH über 900.000 € bei der LBBW
9. Übernahme einer 100 %igen Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wirtschaftsbetriebe Norderney GmbH über 1,3 Mio. € bei der OLB
10. Übernahme einer 100 %igen modifizierten Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH über 900.000 € bei der OLB
11. Haushaltsplan 2012 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2011 - 2015
12. Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung
13. Mitteilungen der Verwaltung
14. Anfragen und Anregungen
15. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

RV Terfehr eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.12.2011 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung vom 20.12.2011 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Beschluss

15 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

1 Enthaltungen

TOP 7. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift beigelegt.

BG Rass warnt vor Panikmache hinsichtlich des Weiterbestehens des Krankenhauses. Die Situation sei schwierig, aber es gebe auch Lösungen. BM Ulrichs erwidert, dass nicht um Panikmache gehe. Man könne aber nicht die Augen vor der sehr schwierigen Situation des Krankenhauses verschließen.

BG Plavenieks spricht die Strand- und Wegenutzungsgebühren an, die das Land jetzt für alle Inseln erheben bzw. erhöhen wolle. Er regt an, dass die Ostfriesischen Inseln diesbezüglich gemeinsam einen Musterprozess führen sollten, weil es wohl keine Rechtsgrundlage für diese Gebühr gebe. BM Ulrichs erläutert, dass man ein solches Vorgehen bereits überlegt habe. Norderney habe bislang keine solchen Gebühren gezahlt, weil es als Niedersächsisches Staatsbad einer Sonderregelung unterlag. Wangerooze zahle eine solche Gebühr auch nicht, komme dafür aber selbst für die Strandunterhaltung und Strandaufspülungen auf. Es sei nach seiner Auffassung besser, wenn man eine außergerichtliche Lösung suche. RM Aldegarmann ergänzt, dass das Land bereits bei der Kommunalisierung diese Gebühr erheben wollte, wobei die Höhe sogar nach den Tourismuszahlen berechnet werden sollte. Man habe sich gegenüber dem Land immer kooperativ gezeigt, aber eine Begründung für die Gebühr eingefordert. Diese liege immer noch nicht vor. Dieses Vorgehen halte er weiterhin für sinnvoll. 1. stv. BM Harms ergänzt, dass sich die Inseln demnächst gemeinsam mit den Vertretern des Landes dazu treffen, damit sei die gemeinsame Strategie vorhanden. Er spricht an, dass in den künftigen Haushaltsberatungen die Planungen für das Nationalparkhaus mit aufgenommen werden sollten. Er begrüße, dass man sich am Hafen die Gesamtsituation ansehe und dafür ein Konzept entwickeln wolle. Dieses sollte bei den Haushaltsberatungen beachtet werden.

TOP 8. Übernahme einer 100 %igen Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wohnungsgesellschaft mbH über 900.000 € bei der LBBW

Beschluss

Der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für ein von der Wohnungsgesellschaft bei der Landesbank Baden-Württemberg noch aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 900.000,- EUR wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

Betrag:	900.000,- EUR
Zinssatz:	3,40% p. a.
Ausz.-Kurs:	100%
Anfängliche Tilgung:	2,0 p. a. (zzgl. ersparter Zinsen)
Fälligkeit:	monatlich nachträglich mit sofortiger Zins- und Tilgungsverrechnung, erstmals per 30.04.2012
Valutierung:	01.04.2012
Zinsbindung:	30.03.2027
Besicherung:	100 % ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney

16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

TOP 9. Übernahme einer 100 %igen Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wirtschaftsbetriebe Norderney GmbH über 1,3 Mio. € bei der OLB

Beschluss

Der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für ein von der Wirtschaftsbetriebe Norderney GmbH bei der Oldenburgischen Landesbank noch aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 1.300.000,- EUR wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

Betrag:	1.300.000,-- EUR
Zinssatz:	2,76 % p. a.
Ausz.-Kurs:	100%
Anfängliche Tilgung:	2,0 p. a. (zzgl. ersparter Zinsen)
Fälligkeit:	monatlich nachträglich mit sofortiger Zins- und Tilgungsverrechnung, erstmals per 30.03.2012
Valutierung:	01.03.2012
Zinsbindung:	30.02.2022
Besicherung:	100 % ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney

16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

TOP 10. Übernahme einer 100 %igen modifizierten Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH über 900.000 € bei der OLB

Beschluss

Der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für ein von der Wohnungsgesellschaft bei der OLB noch aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 900.000,- EUR wird zu folgenden Bedingungen zugestimmt:

Betrag:	900.000,- EUR
Zinssatz:	2,76% p. a.
Ausz.-Kurs:	100%
Anfängliche Tilgung:	2,0 p. a. (zzgl. ersparter Zinsen)
Fälligkeit:	monatlich nachträglich mit sofortiger Zins- und Tilgungsverrechnung, erstmals per 30.04.2012
Valutierung:	01.04.2012
Zinsbindung:	30.03.2022

Besicherung: 100 % ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney

16 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

TOP 11. Haushaltsplan 2012 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2011 - 2015

Die Haushaltsreden von BM Ulrichs, 1. stv. BM Harms, BG Plavenieks sowie von RM Wehlage sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

BG Ennen führt aus, dass die Gruppe CDU/FDP den Haushalt ablehnen werde. Insbesondere werde die Erhöhung der Grundsteuer zur Finanzierung des Winterdienstes abgelehnt. Der eingestellte Betrag für den Winterdienst sei zu hoch und werde nicht benötigt. Die Abwassergebührenerhöhung werde ebenfalls abgelehnt. Die Neuverschuldung von 1 Mio. € müsse halbiert werden. Die Kosten für den Ausbau des Bereichs Onnen-Visser-Platz/Benekestraße seien zu hoch. Die Personalkostenerhöhung durch die Einstellung des Allgemeinen Vertreters werde ebenfalls kritisiert. Gern hätte man hier auch die Einstellung einer Frau unterstützt, wenn die entsprechenden Vorschläge gekommen wären. Die Liste für das Anlagevermögen fehle leider als Anlage zum Haushaltsplan noch komplett. Im Hinblick auf die von der SPD angesprochene Ablehnungshaltung von CDU und FDP sei an die nicht eingehaltenen Absprachen zur konstituierenden Sitzung zu erinnern. Er weist darauf hin, dass die SPD jetzt alle wichtigen Posten allein besetze wie u. a. die stellvertretenden Bürgermeister. So sei auch kein Vertreter einer anderen Partei in der Parkraumgesellschaft vertreten. Er vermisse weiterhin ein klares Bekenntnis zum Tourismus. Die Bevölkerung könne auf Norderney ohne den Tourismus nicht leben. Es wäre wichtig, dass jetzt wegweisende Entscheidungen getroffen würden, z. B. im Hinblick auf das Haus der Insel, damit der Betreiber weiter planen kann. Auch beim Fünf-Sterne-Hotel sei man noch kein Stück weiter. Den Bau eines neuen Hafenterminals habe man schon vor 10 Jahren gefordert. Eine neue Planung würde die CDU sofort unterstützen und die Einplanung des Nationalparkhauses am Hafenkopf ebenso. Es sei auch nicht gut, wenn man in die Klausurtagung des Rates mit der Meinung gehe, dass das nichts bringen werde.

BG Rass merkt an, dass die CDU heute mit der Ablehnung des Haushaltes eine lange Tradition breche. Es sei eine gute Lösung für die Finanzierung des Winterdienstes gefunden worden, bei der alle, die vom Winterdienst profitieren, an der Finanzierung beteiligt würden. BG Ennen erwidert, dass die Steuererhöhung abgelehnt werde, weil man sie an dieser Stelle für sinnlos halte. Im Übrigen hätten die Grünen den Haushalt abgelehnt, weil sie Straßenerüchtigung Hafen- Oase nicht zugestimmt hätten. Jetzt würde dazu sogar Grundstücksparzellen dafür dazu gekauft und der Haushalt würde nicht abgelehnt.

1. stv. BM Harms erläutert, dass er nicht gesagt habe, dass die Klausurtagung nichts bringe, sondern dass er ohne bestimmte Erwartung in diese Tagung hineingehe.

BM Ulrichs erläutert, dass die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Strecker, immer bei allen Personalentscheidungen beteiligt werde. StAR Karow ergänzt, dass der Frauenanteil der Mitarbeiter in der Kernverwaltung bei 40 Prozent liege und ebenso sei die Kassenleitung mit einer Frau besetzt. Im Übrigen werde die Eröffnungsbilanz ca. Ende April/Anfang Mai vorliegen. Der Anlagespiegel werde ebenfalls umgehend nach Prüfung vorgelegt.

Beschluss

Dem Haushaltsplan der Stadt Norderney für das Haushaltsjahr 2012 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2011 – 2015 sowie dem Wirtschaftsplan des städtischen Eigenbetriebes Technische Dienste Norderney wird in der Fassung des Entwurfs vom 16. 02. 2012 zugestimmt.

12 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen

TOP 12. Erlass einer Gefahrenabwehrverordnung

BM Ulrichs verweist auf die Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr und erläutert den Vorschlag der Verwaltung zu veränderten Ruhezeiten.

BG Ennen erklärt, dass die Gruppe CDU/FDP dem Vorschlag der Verwaltung folge und die touristische Notwendigkeit einer Ruhezeit auch für den Oktober sehe. Zu dieser Zeit seien noch viele Gäste auf der Insel und gerade dann würden die lärmintensiven Abbrucharbeiten stattfinden.

1. stv. BM Harms erklärt, dass die SPD sich für die Beibehaltung der bisherigen Zeiten ausspreche, weil u. a. die Öffnungszeiten der Deponie nicht den vorgeschlagenen Zeiten entsprechen würden.

Beschluss

Dem anliegenden Entwurf der „Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung“ wird zugestimmt.

11 Stimmen dafür

4 Stimmen dagegen

1 Enthaltungen

TOP 13. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

TOP 14. Anfragen und Anregungen

RM B. Onnen merkt zur Straßenertüchtigung Hafen-Oase an, dass die Straße im Bereich der Deichstraße zwischen Lüttje Legde und Hafenstraße Wellen und Löcher aufweise. Größere Löcher gebe es auf Höhe der Reedereihalle. Er fragt, ob dort noch Gewährleistung bestehe. BM Ulrichs antwortet, dass die Straße durch zwei unabhängige Firmen nach Fertigstellung überprüft wurde. Dabei wurden keine technischen Fehler festgestellt. Wenn dort Schäden auftreten, müssten diese im Rahmen der Gewährleistung beseitigt werden.

1. stv. BM Harms fragt, wann die Fahrbahnmarkierung im Bereich der Deichstraße angebracht werde. BM Ulrichs antwortet, dass die Anbringung im Frühling erfolgen werde.

TOP 15. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a) Herr Eberhardt verweist darauf, dass heute zufällig der ehemalige Stadtdirektor, Herr Karl Welbers, neben ihm sitze. Er habe sich deshalb daran erinnert, dass er in der Zeit als Herr Welbers Stadtdirektor war, als Ortshandwerksmeister zur Einweihung der Volksbank eine Rede zum Thema Geldfluss gehalten habe. Der Slogan lautete damals: Kauft am Platze. Danach habe er dazu einen kritischen Brief des damaligen Bürgermeisters Heiner Salverius und des Stadtdirektors Karl Welbers erhalten. Es sei ihm erst später klar geworden, dass die Stadt zu der Zeit gerade einen Kredit bei der LBBW aufgenommen hatte. Inzwischen müsse sogar europaweit ausgeschrieben werden. Die Zeiten hätten sich sehr verändert.
- b) Herr Bergmeyer erkundigt sich bei der Gruppe CDU/FDP, warum sein Bauvorhaben „Gartenstadt“ an der Janusstraße vom Bauausschuss abgelehnt wurde, und ob man kein Bedarf an Altwohnungen sehe. BG Ennen antwortet, dass sehr wohl gesehen werde, dass das Thema Altwerden auf Norderney deutlich verbessert werden müsse. Es sei eine Forderung gewesen, dass in der Anlage eine Pflegestation integriert werde, die die Pflege bis Stufe 2 übernehmen könnte. Auch eine medizinische Versorgung müsse vorhanden sein. Eine Ferienpflege oder Kurzzeitpflege sei dort nicht gewünscht, weil nicht kontrollierbar sei, wo das anfangs oder aufhöre. Es müsse auch zunächst die Entwicklung für das Haus der Insel geklärt sein. RM Wehlage betont, dass es nicht um das Konzept gegangen sei. Es sei grundsätzlich nicht gewollt, dass dieses Gelände bebaut werde.
- c) Herr Künzer fragt nach den Kosten für die Klausurtagung in Oesede. BM Ulrichs erläutert, dass es sich um eine sehr kostengünstige Einrichtung handelt. Die Kosten würden von der Stadt getragen.

- d) Herr Jentsch fragt nach dem KFZ-Verkehr in der Gartenstraße; dort gebe es viele Beschwerden der Anwohner. BM Ulrichs erläutert, dass man sich Gedanken dazu gemacht habe. Die Probleme bestünden hauptsächlich mit dem Nachtfahrverkehr. Im Fachausschuss bzw. Arbeitskreis Verkehr sei die Problematik noch nicht behandelt worden.
- e) Herr Jentsch fragt nach den Unterschieden zwischen den Krankenhäusern in Borkum und Norderney. BM Ulrichs erläutert, dass es auf Borkum bisher kein Krankenhaus gebe. Es gebe bislang nur Planungen dafür. Norderney habe ein Akut-Krankenhaus und auf Borkum werde es dann eine sogenannte Portalklinik mit ca. 9 Notfallbetten geben. Ansonsten würden alle Patienten nach Leer zum Kreiskrankenhaus geflogen.
- f) Herr Karow, Radio SWS, fragt, ob die Ecke Jann-Berghaus-Straße/Mühlenstraße für den KFZ-Verkehr geöffnet bleibe. 1. stv. BM Stange antwortet, dass diese mit Beginn des Saisonverkehrssperre wieder geschlossen werde. Herr Peter, Radio SWS, fragt, ob die Kreuzung Jann-Berghaus-Straße/Mühlenstraße nach dem Ende der Saisonverkehrssperre wieder geöffnet werde oder erst eine Partei dazu einen Antrag stellen müsse. BM Ulrichs erläutert, dass es sich bislang um eine Probephase gehandelt habe, die zunächst noch bewertet und neu entschieden werden müsse.
- g) Herr Jentsch spricht die Überschneidung an, die es in bestimmten Wochen während der Bautätigkeiten bei gleichzeitiger Erhebung des vollen Kurbeitrages gebe. Viele Gäste fordern hier eine Ermäßigung. BM Ulrichs antwortet, dass es diesbezüglich immer Forderungen nach einem Nachlass bei Steuern und Gebühren gebe. Rechtlich gebe es aber keine Möglichkeit einer Verknüpfung. Hier seien auch die Vermieter gefragt, die ihre Gäste rechtzeitig auf solche Bautätigkeiten hinweisen und ggf. mit dem Mietpreis entgegenkommen müssten.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Terfehr
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Müller
(Protokollführer)

Bericht des Bürgermeisters zur Sitzung des Rates am 08. März 2012

Der Bericht des Bürgermeisters beinhaltet obligatorisch die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Über einen wesentlichen Teil dieser Angelegenheiten habe ich die Öffentlichkeit im Rahmen der Pressearbeit regelmäßig unterrichtet.

Zu den Themen der letzten Wochen, die uns intensiv beschäftigt und in den nächsten Wochen und Monaten weiterhin beschäftigen werden gehört weiterhin das Thema Krankenhaus. Hier gibt es nach wie vor keine greifbaren Perspektiven, die uns beruhigen könnten. Die finanziellen Probleme haben inzwischen Dimensionen angenommen, die eine Kommune unserer Größenordnung nicht mehr mit eigenen Mitteln bewerkstelligen kann. Neben den kurzfristigen Liquiditätsproblemen geht es vor allem um die langfristige Sicherung. Geprüft werden aktuell rechtliche Instrumentarien, die der Gesetzgeber gerade zur Sicherung kleiner Krankenhäuser wie das Unsere vorgesehen hat, die bislang aber im Lande Niedersachsen nicht zur Anwendung gekommen sind. Auch Gedanken zur grundsätzlichen Um- bzw. Neustrukturierungen werden in diesen Tagen diskutiert. In diesem Zusammenhang darf man sich auch dem Blick nach einem solventen Fusions- oder Kooperationspartner nicht verschließen.

Ein Gespräch mit dem Landrat am Montag dieser Woche war relativ ernüchternd. Zwar bekennt sich der Landkreis zum Norderneyer Krankenhaus und ist bemüht, an einer Lösung mitzuarbeiten. Auch politische Unterstützung auf allen Ebenen wurde uns zugesagt. Mit einem Geldsegen brauchen wir aufgrund der Situation der kreiseigenen Krankenhäuser und der wirtschaftlichen Gesamtsituation des Landkreises indes nicht zu rechnen – das war sicherlich auch nicht zu erwarten. Vielleicht ergeben sich dennoch Perspektiven, ähnlich, wie man sie offenbar auf der Nachbarinsel Borkum gefunden hat. Die Lage und das Platzangebot bieten eine Menge Potenzial. Als Ergebnis muss unterm Strich immer ein funktionierendes Krankenhaus dabei herauskommen, dass den Anforderungen einer tourismusgeprägten Insel genügt, in welcher Größe, Struktur und Trägerschaft ist dabei aus heutiger Sicht nicht abzuschätzen. Sowohl seitens der Geschäftsführung des Krankenhauses als auch seitens der Stadt wird mit Hochdruck an einer Lösung gearbeitet. Die Gespräche auf Kreis- und Landesebene werden fortgesetzt, auch hinsichtlich der Möglichkeiten einer intensiveren Kooperation. Wir werden uns aber wohl auch in diesem Jahr mit der Frage befassen müssen, ob wir nochmals im Rahmen eines Grundstücksankaufes oder dergleichen entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen können.

Auch zu einem Dauerbrenner hat sich das leidige Thema „Strandnutzungsgebühren“ entwickelt, das uns turnusmäßig bei Stadt und Staatsbad beschäftigt. Hintergrund ist die seit Jahren erhobene Forderung des Landes, für die Nutzung der seit 1958 konzessionierten Badestrände eine Nutzungsgebühr erheben zu wollen, wie auf den Nachbarinseln bereits seit Jahrzehnten üblich. Auf Norderney wurde von einer Erhebung stets abgesehen, weil das Staatsbad bis 2002 ein Landesbetrieb war und man intern keine Gebühren voneinander erheben wollte. Nunmehr, seit der Kommunalisierung, hat man Norderney wieder im Fokus und fordert im Rahmen einer Gleichbehandlung aller Inseln einen entsprechenden Obolus für die Nutzung der Strände. Die Thematik begleitet uns nun seit zehn Jahren und stellt eine besondere Rechtsproblematik dar, so dass zumindest zweifelhaft erscheint, dass es für diese Forderung einen durchsetzbaren Rechtsanspruch gibt, von einer entsprechenden Gegenleistung einmal ganz abgesehen. In Anbetracht des erheblichen Reinigungs- und Unterhaltungsaufwandes des Strandes und seines grundsätzlich öffentlichen Charakters stellt sich mir schon die Frage der Angemessenheit eines solchen vermeintlichen Anspruchs. Bisher haben wir uns zwar stets gesprächsoffen gezeigt, die Anerkennung einer Nutzungsgebühr aber strikt abgelehnt. Ähnliches gilt für Überlegungen des Landes, sämtlichen Unterhaltungsaufwand der öffentlichen Reit- und Wanderwege, die im Eigentum des Landes stehen, auf die Kommunen abzuwälzen. Es liegt ein gewisser Druck auf dem Thema, zumal seitens des Landes die Thematik möglichst bald zum Abschluss gebracht werden soll und kein weiterer Aufschub angekündigt wurde. Wir führen die Gespräche fort. Diesbezüglich wurde beim Treffen der Inselbürgermeister in der letzten Woche vereinbart, den nächsten Gesprächstermin gemeinsam mit allen Inselvertretern wahrzunehmen.

Der Landkreis Aurich hat uns neulich darüber unterrichtet, dass in diesem Jahr mit der Sanierung und Modernisierung der Müllumschlagsstation begonnen werden soll, nachdem die Finanzierung nunmehr gesichert sei. In Anbetracht des Alters und Zustandes der Anlage sicherlich nicht nur eine wünschenswerte, sondern dringend notwendig Maßnahme. Es wird bei einem reinen Wertstoffannahmehof mit natürlich modernen und verbesserten Betriebsbedingungen bleiben. Nachdem die Vermessung der Flächen abgeschlossen ist wird es in Kürze einen gemeinsamen Abstimmungstermin mit allen Beteiligten geben. Unter Umständen wird noch ein kleiner Streifen des Parkplatzes C benötigt und das Unternehmen Königröhr wird voraussichtlich auch nicht an dem jetzigen Standort bleiben können; dafür ist aber bereits eine Lösung in Vorbereitung, der ich heute noch nicht vorgreifen möchte. Der aktuelle Zeitplan sieht eine Fertigstellung im Frühsommer 2013 vor.

Zur Frage des Dachgeschossausbaus in der Mühlenstraße gibt es einen positiven politischen Grundsatzbeschluss aus dem letzten Sommer. Die Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft hat sich aber noch nicht abschließend mit der Frage befasst, wie dieser Ausbau vor dem Hintergrund einer kostendeckenden Miete, dem Anspruch an die Erhaltung der ortsbildprägenden Architektur und natürlich den heutigen Ansprüchen an modernen Wohnraum umzusetzen ist. Es gibt durchaus viele Gestaltungs- und Ausbaupvarianten. Ich werde kurzfristig mit Vertretern der LGLN (Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen), Denkmalpflegern aus Aurich und Hannover sowie dem Planungsbüro des Regionalmanagements zur einem „runden Tisch Ortsentwicklung Norderney“ zusammenkommen, um die Kräfte und Fachkompetenzen in dieser größeren Runde zu bündeln, und um die Entwicklungsmöglichkeiten und Förderkulissen aus den unterschiedlichsten Perspektiven heraus zu diskutieren.

Gleiches gilt für die Weiterentwicklung der Nordhelmsiedlung in den nächsten Jahren. Auch hier muss ich positiv anmerken, wie schon beim Onnen-Visser-Platz und den geplanten Aussichtsplattformen, dass bei der LGLN großes Interesse und die Bereitschaft zur Unterstützung bei der zeitgemäßen Weiterentwicklung Norderneys besteht.

Hinsichtlich der Planung eines neuen Nationalpark-Erlebnisentrums am Hafen haben wir uns zwischenzeitlich mit Fachleuten umfassend über die Varianten und Optionen einer zeitgemäßen Ausstellung auseinandergesetzt. Im Rahmen der Standortfrage, wobei wir bislang von einem vollständigen Ersatz des vorhandenen nördlichen Gebäudeteils ausgegangen sind, ist bei uns jüngst die Überlegung gewachsen, im Zuge einer Neustrukturierung auch die Frage der Hafententwicklung insgesamt und die Abwicklung der Verkehrsströme aufzugreifen. Dazu wird es in Kürze erste Gespräche mit den verantwortlichen Stellen geben. Es besteht dort allseits Gesprächsbereitschaft.

Zur Grundstücksfrage des Westerwaldkreises stehe ich im Kontakt mit dem dortigen Landrat. Bekanntlich ist ein örtlicher Immobilienmakler der Insel mit der Vermarktung der Einrichtung beauftragt worden. Nachdem uns aber nunmehr das Verkehrswertgutachten vorliegt, ist der dort ermittelte Wert, dem als Basis die Schaffung von Eigentumswohnungen zugrunde liegt, ernsthaft in Zweifel zu ziehen und spiegelt ausschließlich die spekulative Bodenpreisentwicklung auf Norderney wider. Bei allem Bemühen um die Schaffung oder Beibehaltung von Wohnraum, sind uns als Kommune bei solchen finanziellen Größenordnungen, wie sie auf dem freien Markt gefordert werden, Grenzen gesetzt. Gleichwohl sind wir nach wie vor erster Ansprechpartner, was den Verkauf angeht.

Viele weitere wichtige Themen stehen die nächsten Wochen zur Entscheidung an, wie die Weiterentwicklung des Theaterplatzes, des Fünf-Sterne-Hotel-Grundstücks, der vor uns liegende Sanierungsaufwand unseres Mietwohnungsbestandes, die Entwicklung des ÖPNV, Grundsatzentscheidungen zum Wohnungs- und Flächenmanagement sowie vielleicht auch zur langfristigen Verkehrspolitik, um nur die Wichtigsten zu nennen. Um hier zu einem abgestimmteren Vorgehen zu kommen, zu übergreifenden Zielen und mehr Kontinuität in der Entscheidungsfindung, habe ich den Rat im April zu einer Klausurtagung eingeladen. Damit verbinde ich nicht die Hoffnung, dass wir künftig alle einer Meinung sind, das muss auch nicht sein. Ich bin vielmehr der Überzeugung, dass gewisse Themen einer ganzheitlichen Betrachtung bedürfen, weil sie ineinander übergreifen, dass bestimmte Probleme unserer Kommune eine weitsichtige, strategische Herangehensweise erfordern und dass die Halbwegszeit, für die Nachhaltigkeit von Entscheidungen, mitunter entschieden zu kurz ist.

***Zu TOP 11 der öffentlichen Ratssitzung am Donnerstag, dem 08. März 2012
– Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2012 sowie des
fortgeschriebenen Investitionsprogramms 2011 - 2015***

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die gute Nachricht vorweg – Sie kennen sie bereits – in diesem Jahr können wir Ihnen einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen. Dies ist für Kommunen nicht selbstverständlich und noch vor wenigen Jahren sah die Situation ungleich dramatischer aus.

In den Jahren 2001 – 2004 war der Haushalt der Stadt Norderney – insbesondere durch die sprunghaft gestiegenen Verluste des Krankenhauses (trotz oder wegen der Berater) – mit 2,2 Mio. € Sollfehlbeträgen in eine massive Schieflage geraten. Durch Vermögensumschichtungen, d. h. den Verkauf städtischer Wohngebäude, unter anderem den des Personalwohnhauses an die WGN, die Ablösung eines Darlehens an die WBN aus dem Verkauf der städt. Geschäftsanteile der Stadtwerke und Wohnungsgesellschaft aber auch durch die Anhebung der Steuerhebesätze der Grundsteuer B von 340 % auf 350 % und der Gewerbesteuer von 330 % auf 360 % konnte dieser Zustand 2005 behoben werden.

Seit dem kann die Stadt Norderney einen ausgeglichenen Erfolgsplan – früher Verwaltungshaushalt – vorweisen. Die trotz der Steuerreformen und Finanzkrise hohen Gewerbesteuereinnahmen der letzten Jahre haben die Belastungen aus dem Finanzausgleich – Streichung der Schlüsselzuweisungen und Einzahlungen in die Finanzausgleichsumlage mehr als nur kompensiert.

Aber auch maßvolles Agieren und konsequente Schuldenreduzierung haben uns in die Lage versetzt, die nach neuem Haushaltsrecht notwendigen Aufwendungen für Abnutzung der Vermögenswerte und für Rückstellungen abdecken zu können.

Es ist erklärtes Ziel, die Stadt Norderney für die Zukunft finanziell auf gesunde Beine zu stellen und den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg und Investitionsruinen zu hinterlassen.

Die Eckdaten des Haushaltsplanes sehen wie folgt aus:

Die Erträge und Aufwendungen sind mit 18.058 T€ veranschlagt. Gegenüber 2011 entspricht dies einer Erhöhung um 787 T€, die im Wesentlichen auf die Entwicklung der Steuern und der Kurbeiträge und den damit verbundenen Aufwendungen sowie der Personalkosten-entwicklung und Abschreibungen zurückzuführen ist.

Daneben berücksichtigt der Ergebnishaushalt folgende Besonderheiten:

- Der Winterdienst wird ab sofort aus dem allgemeinen Haushalt übernommen – daraus entstehen Mindereinnahmen in Höhe von rd. 90 T€
- Diese Finanzierungslücke wird aufgefangen durch eine Anhebung der Grundsteuer-Hebesätze um 30 % auf 380 %, übrigens die erste Hebesatzerhöhung seit 2004.
- Wir werden auch für 2012 – wie in den letzten Vorjahren – keine Schlüsselzuweisungen vom Land zu erwarten haben, dafür ist mit einer Einzahlung in die Finanzausgleichsumlage von 100 T€ zu rechnen.
- Die Kreisumlage ist um rd. 67 T€ niedriger und die Gewerbesteuerumlage um 60 T€ höher veranschlagt als für 2011.
- Für Unterhaltungsmaßnahmen an Gebäuden – insbesondere an den Schulen –, Straßen und Plätzen sind rd. 1.790 T€ eingeplant – davon werden etwa 1.467 T€ aus den zum 01. Jan. 2011 gebildeten Rückstellungen finanziert.

- Die nach dem neuen Haushaltsrecht notwendigen Mehraufwendungen für saldierte Abschreibungen und Rückstellungen von rd. 488 T€ können vollständig erwirtschaftet werden.
- Die ordentliche Tilgungsrate in Höhe von rd. 203 T€ kann nach der Planung nicht aus dem laufenden Verwaltungsgeschäft finanziert werden.

Die Ausgabenschwerpunkte der Investitionstätigkeit 2012 ähneln denen der Vorjahre:

- Straßenbaumaßnahmen sind mit einem Planungs- und Bauaufwand von insgesamt rd. 1.165 T€ vorgesehen. In diesem Zuge kommt ein großes Projekt nun endlich in Schwung. Kaum ein Thema wurde in den letzten Jahren so häufig geplant, verworfen und wieder neu besprochen. Doch nun kann der Startschuss erfolgen oder, um es nachdrücklich zu sagen – wenn nicht jetzt, wann dann. In diesem Jahr wird mit dem Ausbau der Nordhelmstraße begonnen - dafür sind in 2012 Mittel i. H. v. 300 T€ vorgesehen – bis einschl. 2015 wird mit einem Investitionsvolumen von 2.227 T€ gerechnet. Auch die Gestaltung des Onnen-Visser-Platzes soll im Herbst d. J. begonnen und im Frühjahr 2013 zum Abschluss gebracht werden – hierfür sind in diesem und im nächsten Jahr jeweils 150 T€ eingeplant.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Abwasserbeseitigung sind mit 1.094 T€ veranschlagt, davon entfallen auf die Regen- und Schmutzwasserkanalisation Nordhelmstraße rd. 600 T€ und auf die Erneuerung der Belüftungsanlage für die Belebungsbecken der Kläranlage 422 T€
- Die Planungen für das Nationalparkhaus werden fortgesetzt, hierfür sind 170 T€ veranschlagt.

- Die Rekonstruktion des Uhrenturmes der Grundschule konnte im vergangenen Jahr nicht durchgeführt werden, die Maßnahme wird mit 115 T€ fortgesetzt.
- Ein Teil der Straßenbeleuchtung soll mit 100 T€ trotz der reduzierten Fördermittel weiter auf LED-Beleuchtung umgerüstet werden.
- Für die Feuerwehr sind 250 T€ für die Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeuges und 40 T€ für die Umrüstung auf Digitalfunk vorgesehen.

Bei den weiteren Ausgaben im Vermögenshaushalt handelt es sich um eine Anzahl kleiner Maßnahmen.

Insgesamt sind Investitionsmaßnahmen mit einem Wert von rd. 3.240 T€ vorgesehen, die allerdings nur mit einem Teilbetrag aus Einzahlungen von rd. 1.403 T€ und Finanzmitteln finanzierbar sind. Daher ist erstmals seit fünf Jahren eine Kreditaufnahme von voraussichtlich 1 Mio. € erforderlich.

Der Haushaltsplan mit seinen Zahlenwerken zeigt unsere finanzielle Grundlage. Der Gestaltungsspielraum für zukunftsorientierte und sach-bezogene Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt ist nicht gerade üppig. Gleichwohl werden investive Maßnahmen und nachzuholende Baumaßnahmen 2012 mit einem Gesamtvolumen von über 4,7 Mio. € durchgeführt.

Fach- und Verwaltungsausschuss haben sich eingehend mit dem Zahlenwerk befasst und empfehlen vor dem Hintergrund der Unwägbarkeiten der allgemeinen Finanzentwicklung aber auf der Basis von fünf gut verlaufenen Rechnungsjahren 2007 bis 2011 die Annahme des Haushaltes 2012 inklusive des Investitionsprogramms für 2011 – 2015 sowie des Wirtschaftsplans des städtischen Eigenbetriebes „Technische Dienste Norderney“ für 2012; ich bitte Sie, der Vorlage ebenfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Haushaltsrede der Freien Wählergemeinschaft Norderney (FWN), vorgetragen vom Fraktionsvorsitzenden Manfred Plavenieks.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Bürgerinnen und Bürger,

dies ist die Ratssitzung, die sich mit der Verabschiedung des Haushalts der Stadt Norderney befasst. Dazu ist es eine gute Tradition, diese Sitzung zum Anlass zu nehmen, auch einen Rückblick über das vergangene Jahr und einen Ausblick auf das bestehende Jahr zu geben. Dazu komme ich gleich noch.

Als erstes zum Haushalt: Dem Dank an Frau Karow, die wie ich in diesem Jahr in Ruhestand geht, schließe ich mich im Namen der FWN an.

Während der **Ergebnishaushalt**, so wie es das Nds.

Kommunalverfassungsgesetz fordert, ausgeglichen gestaltet wird,

ist das beim Finanzhaushalt nicht der Fall. Dennoch gehört

Norderney nach wie vor zu den wohlhabenderen bzw. finanzstarken

Gemeinden in Niedersachsen und Sie, Herr Bürgermeister, haben es

im Vorbericht zum Haushaltsplan vermerkt: Die Steuerkraft der

Stadt Norderney übersteigt den Steuermessbetrag, sodass für

Norderney keine Schlüsselzuweisungen vom Land gezahlt werden.

Im Gegenteil: Die Stadt Norderney zahlt nach § 16 NFAG sogar in

die Finanzausgleichsumlage des Landes ein. Aufhorchen lassen

muss aber dennoch der Hinweis, dass die ordentliche Tilgung in

Höhe von 203.000 Euro nach Feststellungen der Verwaltung nicht erfüllt werden kann.

Nicht gerade begeistert kann der Rat zudem vom nicht ausgeglichenen **Finanzhaushalt** sein, wenngleich die Gründe dafür im Großen und Ganzen nachvollziehbar sind, denn mit ihm wird die Investitions- und Finanzierungstätigkeit der Gemeinde dargestellt. Hier ist, wie man allseits beobachten kann, einiges auf unserer schönen Insel passiert und wird noch passieren. Wir haben es gehört. Der Finanzhaushalt ist aber ein Maßstab für die Fähigkeit der Kommune, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Hier haben wir also den „liquiden Mitteln der Stadt ein besonderes Augenmerk“ zu schenken. Einzahlungen und Auszahlungen müssen zwar im Finanzhaushalt nicht zwingend ausgeglichen werden, aber mit Blick in die Zukunft ist er immer sinnvoll. Die Doppik, die doppelte Buchführung in Konten ermöglicht es uns, die Übersicht zu behalten. Ich will nicht verhehlen, dass das einzelne Ratsmitglied hier sehr gefordert ist und ich hoffe, dass wir alle als gewählte Vertretung in dieser Hinsicht unserem Kontrollauftrag im hinreichenden Maße nachkommen können und ihn hier und heute auch erfüllen. Es wurden Zahlen und Positionen genannt und ich will mich da nicht wiederholen.

Die Fraktion der Freien Wähler stellt letzten Endes aber fest, dass aus unserer Sicht dem Haushaltsplan für das Jahr 2012 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2011 bis 2015 sowie dem Wirtschaftsplan der TDN die Zustimmung gegeben werden kann, wie es unter dem Vorsitz des Ausschussvorsitzenden für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen, Bernhard Onnen, in der Sitzung vom 16.02. 2012 bereits mehrheitlich geschehen ist. Wir

werden also „Ja“ zum Beschlussvorschlag sagen.

Gestatten Sie mir nun den angekündigten Rück- und Ausblick auf einige Schwerpunktthemen, die uns in der vergangenen Legislaturperiode begleitet haben und die uns auch heute nicht loslassen. Die Freien Wähler haben immer deutlich gemacht und unser ehemaliges Ratsmitglied Hayo Moroni war dafür ein wesentlicher Protagonist, dass die **Baupolitik auf unserer Insel** elementare Bedeutung für deren Bevölkerung hat. Es ist richtig und wichtig, dass wir mit der WGN einen leistungsfähigen Wohnungsanbieter haben, der dafür sorgt, dass auf unserer Insel überhaupt noch **bezahlbarer Wohnraum** in einer Dimension von 650 Wohnungen zur Verfügung steht bzw. gestellt wird. Andere Inseln sind da mit negativem Beispiel vorangegangen. Ich denke da an Borkum. Die Freien Wähler setzen sich auch weiterhin für die Sicherung und den Ausbau von Wohnraum für die einheimische Bevölkerung ein. Wir wissen auch um die damit verbundenen Darlehensverpflichtungen, die verzinst und getilgt werden müssen. Hier sind wir dann in der Gesamtheit gefragt und ich glaube, dass dieses so auch von der Mehrheit im Rat und der Stadt Norderney mit ihren Gesellschaften verstanden worden ist. Eigeninitiativen wie die des TuS Norderney mit dem Bau von 19 zusätzlichen Single-Wohnungen werden von uns ausdrücklich begrüßt. Respekt für dessen Vorstand. Eine mutige und hoffentlich gute Entscheidung!

Um zu einer verlässlichen Politik mit den daraus resultierenden Entscheidungen zu kommen, brauchen wir aber auch klare Aussagen nicht nur über den Wohnbestand der heimischen

Bevölkerung, die hier ihren Lebensmittelpunkt hat sondern auch über die Anzahl von Zweitwohnungsbesitzern, für die die Destination Norderney sowohl als Urlaubs- und Erholungsort sowie als sichere Kapitalanlage immer interessanter geworden ist. Es werden immer wieder Zahlen genannt, über die es aber „scheinbar“ keine offizielle Statistik, die die FWN schon häufiger angefragt hat, gibt: Wenn es aber tatsächlich wie verlautet stimmt, dass über 4000 Zweitwohnungen nur noch ca. 2.700 Norderneyer Haushalte gegenüberstehen, ist dieses ein krasses Missverhältnis. Wenn Herr Ennen von der CDU-Fraktion im OK vom 07.03. 2012 sagt, ich zitiere: „Ich sehe im Übrigen im Moment nicht, dass die anderen Fraktionen im Rat bereit sind, für die nächsten zehn Jahre Perspektiven zu erarbeiten“... und dann fortführt: „Deren Credo ist es nämlich, nichts zu verändern. Wir hingegen sind kompromissbereit“... sowie abschließend feststellt: „Wir sind sachorientiert und wollen was erreichen, und zwar über Wirtschaft und Tourismus. Wenn wir etwas für den Gast tun, dann tun wir „automatisch“ auch etwas für unsere Einwohner“... dann spiegelt sich genau hier die Verschiebung der Achse Einwohnerschaft und Immobilienanleger wider. Automatismen können auch aus dem Ruder laufen. Hier werden wir noch einige Zeit miteinander streiten, Herr Ennen.

Die Zweitwohnungsproblematik ist **das** Dauerthema der vergangenen Jahre und sie wird nach der letzten Kommunalwahl auch in der begonnenen neuen Legislaturperiode Verwaltung und Politik nicht aus der Verpflichtung entlassen, in unseren Entscheidungen eine Verantwortung auch für die kommenden Generationen zu übernehmen. Natürlich ist der Zweitwohnungsbau

kein typisches Problem nur Norderneys. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Volksabstimmung hinweisen, die am kommenden Sonntag, den 11. März 2012, in der Schweiz stattfindet. Dort hat sich nämlich bereits am 17. Juni 2011 eine Volksinitiative gebildet, die da lautet: „**Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen**“! Auch hier wird die Diskussion kontrovers zwischen denen geführt, die von dem Bau der Zweitwohnungen profitieren und den Menschen, denen Stück für Stück ihrer ursprünglichen Heimat genommen wird, weil sie sich ein Häuschen gegen den übermächtigen Konkurrenzdruck von außen nicht mehr leisten können. Deswegen ist die Volksinitiative in der Schweiz entstanden. 20 Prozent. Das ist die Zielmarke der Initiative. Eine Gemeinde sollte nicht mehr als 20 Prozent Zweitwohnungen aufweisen. Das muss man sich einmal für Norderney auf der Zunge zergehen lassen. Die Volksinitiative sagt: „Bestehende Zweitwohnungen können aber erhalten werden, auch in Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von mehr als 20 Prozent. Die Zweitwohnungsinitiative ist nicht gegen die Bautätigkeit an sich, aber sie will verbindliche Schranken setzen. Unser Volksbegehren soll Auswüchse eindämmen und den Bauboom für Zweitwohnungen bremsen, der unsere schönsten Erholungsgebiete und Tourismusregionen zusehends zerstört.“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren aus der Vertretung, liebe Bürgerinnen und Bürger, kommen Ihnen diese Ausführungen nicht sehr bekannt vor? Jawohl,- dort, wo uns Insulanern der Schuh drückt, geht es auch Gemeinden in ganz weit entfernten Tourismusdestinationen genauso. Und eines, - auch dort sind die Probleme hausgemacht, weil man sich lange Zeit

achselzuckend dem scheinbar übermächtigen Druck des Geldes ergeben hat. Ich bin sehr gespannt darauf, wie die Volksabstimmung: „Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen“ ausgehen wird. Soweit, dass sich auf Norderney eine gleichnamige Bürgerinitiative gründet, sind wir noch nicht. Das haben ja auch die vergangenen Kommunalwahlen gezeigt, bei der meine Fraktion für ihr Ziel des Gegensteuerns nicht belohnt wurde. Wir glauben aber feststellen zu können, dass offensichtlich gerade innerhalb der größten Fraktion des Rates ein Umdenken stattfindet und die Bereitschaft zum Handeln in dem von uns geäußerten Sinne wächst. Ich hoffe, dass diese Kräfte sich auch weiterhin durchsetzen werden, weil sich mit denen über eine Politikgestaltung verhandeln lässt, die nicht nur Partikularinteressen sondern dem Gemeinwohl dient. Den Blick in eine bestimmte Richtung kann ich mir ersparen.

Die Geschäftsführung der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH hat in einem Schreiben zur Rückraumbebauung an die Bewohner der Mietgebäude in der Benekestraße einst ausgeführt:

Kurz gefasst ergeben sich folgende denkbare Alternativen:

- Entwicklung und Verkauf brach liegenden Geländes (vorrangig für Norderneyer)
- Veräußerung von Mietwohngebäuden
- Veräußerung einzelner Mietwohnungen
- Anhebung der Mieten.

Das klingt nach ganz schön viel Druck auf die Kritiker. Es gibt die politische Meinung der größten Ratsfraktion, dass sie es als unumgänglich ansieht, die städtische Wohnungsgesellschaft mit neuem, „frischen“ Kapital zu versorgen. Wie das gehen soll, wird

mit dem Vorschlag erläutert, Bauprojekte zum üblichen Marktpreis zu veräußern. Gleich räumt man dann aber auch ein, dass es allen schmerzlich klar ist, dass in einigen Fällen das Eigentum dann nicht für Norderneyer Familien hervorgebracht wird. Soll man nicht korrekt sagen: In den meisten Fällen? Und dann hat man sich offensichtlich mit folgender Aussage bei den Freien Wählern bedient: **Wenn jedoch die Stadt Norderney den Immobilienhaien das Feld überlässt, werden auch die letzten Flächen der Insel der privaten Profitgier unterworfen.** Das meine ich mit dem notwendigen Umdenkungsprozess, dem wir uns alle unterwerfen müssen. Und deswegen befürworte ich auch die Initiative des Bürgermeisters, der alle Fraktionen sowie die Mitarbeiter der Stadt Norderney mit ihren Gesellschaften zusammenbringen will, um parteiübergreifend zu Lösungsansätzen zu kommen. Dieses Kernproblem muss angegangen und immer wieder ins Bewusstsein gebracht werden. Wir von der FWN stehen dazu.

Natürlich werden wir uns auch mit der **Krankenhausproblematik** befassen müssen, wir haben uns um die **alten und jungen Menschen unserer Insel** zu sorgen und als Politiker gangbare Wege aufzuzeigen. Das sind generationenübergreifende Verpflichtungen, denen wir uns nicht entziehen können und die alle mit in das genannte Schwerpunktthema hineinspielen. Auch der Thematik **Kinderkrippen, Kindergarten, Grundschule und Kooperative Gesamtschule** werden wir uns weiterhin konstruktiv in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Bürgerinnen und Bürgern widmen.

Wir dürfen uns aber nicht dazu hinreißen lassen, kurzfristig unser letztes Tafelsilber aus der Hand zu geben, denn hier handelt es sich um das Zukunftspfand für die kommenden Generationen. Das **Haus der Insel** ist ein solches Thema. Ich reduziere den Denkansatz für kommende Lösungen auf folgende Forderung: Wenn wir etwas weggeben und sei es auch nur für eine begrenzte Zeit, dann müssen wir Insulaner dafür etwas wiederbekommen, dass auch allen nützt. Und: Wer den Vorteil oder einen Eigennutz hat, muss gewisse Verpflichtungen für das Gemeinwohl – den Gemeinnutz - übernehmen. Sie kennen die Kritik: „Gewinne werden kapitalisiert, Verluste werden sozialisiert.“ Die **Freigabe des HdI mit seinem Areal als Spekulationsobjekt** wird von den Freien Wählern grundsätzlich abgelehnt. Wir erwarten noch die Darstellung der HdI-Problematik innerhalb der vom letzten Rat beschlossenen Informationsveranstaltung für den Bürger. Es ist ja vom Staatsbad eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden, die sich mit der zukünftig gedachten Nutzung der Grundstücke um den Theaterplatz befasst. Nach ihrer Vorstellung wird sicherlich auch eine rege Diskussion innerhalb unserer Bürgerschaft einsetzen.

Die **Neuaufstellung der Bebauungspläne**, allen voran für die Siedlung, ist richtungsweisend für die Zukunft. Hier wurde schon vieles erarbeitet, das aus unserer Sicht vor gar nicht so langer Zeit kaum denkbar schien. Wir halten daran fest, den Bürger in diesen Fragen weiterhin durch absolute Transparenz an den Planungen und Entscheidungen zu beteiligen.

Die **Golfplatzerweiterung** ist aus unserer Sicht vom Tisch. Das Bürgervotum war eindeutig und der Rat hat danach seine

Entscheidung gefällt. Die Begründung des Landkreises für die Ablehnung des Bauantrags halte ich, im Gegensatz zu einigen anderen, für nachvollziehbar. Da auch ich öffentlich bekundet habe, dass die Opferung der beiden Rad- und Wanderwege für den Ausbau des Golfplatzes von uns abgelehnt wird, hat es mich gefreut, dass auch der Landkreis darin das „K.O.-Kriterium“ schlechthin sah.

Das Thema **„Trümmergrundstück und 5-Sterne-Hotel“** geht in die nächste Runde. Der Standpunkt der Freien Wähler ist und bleibt in dieser Hinsicht: „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“. Da lassen wir uns auch nicht durch die Verbalattacken des ehemaligen Hauptverwaltungsbeamten Aldegarmann im „Ostfriesischen Kurier“ aus der Ruhe bringen. Ich fordere Sie deshalb auf: Halten Sie sich doch bitte mit Ihren Hüftschüssen gegen die politischen Kontrahenten wegen angeblicher Tatenlosigkeit zurück, wenn es um eine wie auch immer geartete Entwicklung der Zukunft eines Fünf-Sterne-Hotels geht. Da gibt es einiges wieder gutzumachen!

Der Bürger ist bereit, Mitverantwortung zu übernehmen. Das sollten wir ausdrücklich begrüßen. Erfreulich finden wir deshalb auch die Gründung des Netzwerks Triple N, wie das auf dem Jugendforum der Freien Wähler vom letzten Jahr bereits vorgetragen worden war. Wenn junge Menschen selbst etwas unternehmen, sollten sie sich auch der Unterstützung aus Verwaltung und Politik im angemessenen Rahmen sicher sein.

Die Stadt Norderney mit ihren Mitarbeitern hat aus unserer Sicht im vergangenen Jahr wieder gute Arbeit geleistet. Was deren

Arbeitnehmer betrifft, wurde das Thema **Tarifgerechtigkeit** **innerhalb der Stadt und ihrer Gesellschaften** bereits durch die Personalvertretungen in den ersten Aufsichtsratssitzungen zur Sprache gebracht. Die Freien Wähler sagen hier eine konstruktive Mitarbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu.

Zur **Verkehrsproblematik** haben wir alles gesagt. Unsere Standpunkte sind bekannt und wie gesehen, auch mehrheitsfähig.

Ein letztes: Seit vorgestern geistert durch die verschiedenen Medien die **Angleichung der Strandgebühr**, die das Land Niedersachsen bislang von den Ostfriesischen Inseln Borkum, Juist, Baltrum, Langeoog und Spiekeroog erhebt. Nur Wangerooge, dessen Strand dem WSA des Bundes gehört und Norderney, welches bis dato als Staatsbad davon ausgenommen war, brauchten diese Gebühr nicht zu bezahlen. Es heißt, dass das Landwirtschaftsministerium Eigentümer der Strandflächen sei, die den Inseln zu „gewerblichen Nutzung“ zur Verfügung gestellt werden. Der Sprecher des Ministeriums, Christian Wittenbecher, sagt, dass die Erhebung einer Gebühr ein völlig normaler Vorgang sei. Wie hoch die Konzessionsabgabe für die Inseln sei, hänge von der jährlichen Gästezahl ab und dann kündigte er bis 2015 eine einheitliche Regelung an. Dann müssen möglicherweise auch die letzten beiden Inseln, nämlich Norderney und Wangerooge, bezahlen. Ähnliche Pläne hat das Land bei der Überarbeitung der Wegeverträge mit den Inseln: Für die landeseigenen Dünenwege sollen die Inseln künftig eine Jahrespauschale zahlen und zusätzlich Pflege und Unterhalt komplett finanzieren. Die Freien Wähler plädieren dafür, sich die Rechtsgrundlagen präsentieren zu lassen, nach denen ein

solches Vorgehen abgesichert ist. Wir lehnen die Zahlung einer Strand- und Wegegebühr grundsätzlich ab. Evtl. sollte man im Verbund aller Ostfriesischen einen Musterprozess gegen das Land Niedersachsen führen.

Die Freien Wählern reichen allen die Hand, die bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir haben ein offenes Ohr für die Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Insel und wir wollen mit allen, die das gleiche Ziel haben, eine nachhaltige Politik betreiben, die auch den gegenwärtigen Personen ein friedliches und glückliches Zusammenleben und den kommenden Generationen eine dementsprechende Perspektive nach uns eröffnet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Begrüßung

Dank insbesondere an Frau Karow

Internationaler Frauentag /Stellenplan

Am heutigen Internationalen Frauentag ist es angezeigt, die Situation der Frauen genauer zu betrachten.

Wir müssen feststellen, dass mit dem Ausscheiden von Frau Karow ab Sommer diesen Jahres keine Frau mehr auf der Führungsebene der Stadtverwaltung beschäftigt sein wird. Auch auf der mittleren Ebene sind die Frauen in der Verwaltung eindeutig unterrepräsentiert.

Hier ist keine nachhaltig geschlechtergerechte Personalpolitik erkennbar. Die Versäumnisse von gestern wirken sich heute aus.

Die Stadt wird in Zukunft bereits bei ihren Auszubildenden die Situation von jungen Frauen in den Blick nehmen müssen. Auch bei den übrigen Stellenausschreibungen und bei den Besetzungen müssen Frauen bevorzugt eingestellt werden.

Für den Gesamtbereich der Stadtverwaltung, Technische Dienste, Staatsbad und Wirtschaftsbetriebe benötigen wir einen Gleichstellungsplan. Für die Zukunft wird der Rat unter Einbeziehung der Gleichstellungsbeauftragten Frau Anette Strecker einen solchen Gleichstellungsplan entwickeln müssen. Politik und Verwaltung sollten dafür einen Arbeitskreis einsetzen, der sich des Themas annimmt.

FörderbeauftragteR

Der Weggang von Frau Karow wird zu einer Neuordnung der Ämter führen. Diese Aufteilung des Fachbereiches 1 begrüßen wir ausdrücklich.

In diesem Zusammenhang ist es an der Zeit, einen Vorschlag meiner Fraktionskollegin Karin Rass aufzugreifen. Die Stadt braucht in der Verwaltung jemanden, der für das Einwerben von Zuschüssen und Fördergeldern zuständig ist. In so einer kleinen Verwaltung wie der Norderneys ist es aus GRÜNER Sicht eine der originären Zukunftsaufgaben des Kämmerers. Durch die Neuordnung der Ämter dürfte in Zukunft entsprechende Kapazität vorhanden sein. Es muss uns deutlich sein, ohne von außen stammende Gelder wird es uns nicht möglich sein, den Anspruch Norderneys nach stetiger Weiterentwicklung zu finanzieren.

Das städtische Investitionsvolumen beträgt für das laufende Jahr 3,24 Millionen Euro. Dem gegenüber stehen Einnahmen für diese Investitionen von 1,4 Millionen Euro. Ohne Anliegerbeiträge und ähnliches kommen wir lediglich auf 530.000 Euro an Zuschüssen und Fördergeldern.

Wir wissen, dass es geplant ist, weitere Mittel einzuwerben, das ist auch wichtig, um die geplante Neuverschuldung in Höhe von 1 Millionen Euro möglichst weitgehend zu reduzieren.

Onnen Visser Platz

In den nächsten beiden Jahren sind für die Neugestaltung des Onnen Visser Platzes 300.000 Euro eingeplant. Wir GRÜNEN meinen, die Stadt sollte es hier so halten wie auch schon zuvor bei anderen Vorhaben. Die tatsächliche Realisierung des Projekts ist wünschenswert, für uns abhängig von Zuschüssen, die an dieser Stelle noch eingeworben werden können und der Forderung, dass die konkreten Planungen sich an dem Erfordernis der Kostenreduzierung orientieren.

Zielformulierung/hier Jugendzentrum

Noch eine weitere Anmerkung zum Haushaltsplan. Wir haben dies zwar bereits im letzten Jahr angemerkt, sind damit aber nicht auf fruchtbaren Boden gestoßen.

Allerdings haben wir den Eindruck, dass nach der Kommunalwahl doch bei den meisten Beteiligten die Bereitschaft gewachsen ist, über die Ziele unserer gemeinsamen politischen Arbeit zu sprechen. Gerade die für uns noch relativ neue Form des doppischen Haushalts bietet uns die Möglichkeit der Zielformulierung in den einzelnen städtischen Tätigkeitsbereichen.

Ein Beispiel: Wir stellen für das Jugendzentrum über 90 tausend Euro in den Haushaltsplan. Dies ist von der Summe her zunächst einmal angemessen. In den Zielbeschreibungen, die der Haushalt enthält benennen wir einzig und allein das Ziel, Ergänzung der Freizeitangebote auf Norderney. Es ist nicht der geringste pädagogische oder gar sozialpädagogische Ansatz formuliert. Hiermit werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt beschäftigen müssen. Es ist nicht vertretbar soviel Geld auszugeben, ohne dies mit einem Mindestmaß an Zielformulierung und entsprechender Ergebniskontrolle zu verbinden.

Der neue doppische Haushalt gibt uns verstärkt die Möglichkeit von Seiten der Politik lenkend einzuwirken. Wir müssen uns im Rat und

seinen Ausschüssen auf Ziele unserer Arbeit verständigen. Hierzu kann auch die für April geplante Klausurtagung des Rates dienen.

Im Fall des Jugendzentrums ist für uns die Frage „Was wollen wir, wie soll die Arbeit dort gestaltet werden“ drängender. Dementsprechend steht das Jugendzentrum auf der kommenden Sitzung des Ausschuss für Schule Jugend und Kultur auf der Tagesordnung.

Fehlende Eröffnungsbilanz

Auch mit unserem zweiten doppelten Haushaltsjahr steht die tatsächliche Aussagekraft des Haushalts in Frage. Die Verwaltung hat dem Rat bislang nur den Entwurf einer Eröffnungsbilanz vorgelegt. So sind wir an dieser Stelle noch nicht viel weiter, denn auch im Jahr zwei nach der Kammeralistik können wir nur vermuten, inwieweit unsere Abschreibungen noch zu einer Verschlechterung des Haushaltsergebnisses führen würden.

Zustimmung

Natürlich ist es so, dass ein Haushalt der von einer GRÜNEN Mehrheit entwickelt worden wäre anders aussehen würde. Wir haben im Haushalt immer noch eine erhebliche Fixierung auf das Thema Straßenbau, aber der Haushalt ist auch nicht so, dass wir hier und heute sagen würden dem geben wir keine Zustimmung.

Bei der Umsetzung des Haushalts werden wir sehen müssen, dass es zu einer nachhaltigeren Gestaltung der Insel kommt als bisher. Daran werden wir mitarbeiten und geben deshalb dem vorliegenden Haushaltsentwurf unsere Zustimmung.

Danke



Fraktion im Rat der Stadt Norderney

Für die SPD Fraktion im Rat der Stadt Norderney darf ich schon jetzt das Geheimnis lüften, dass wir mit einer gewissen Genugtuung aber auch mit einigen Anmerkungen dem Haushalt 2012 und auch dem Investitionsprogram für die folgenden Jahre, sowie den Anlagen, dabei im Besonderen dem Wirtschaftsplan der TDN, zustimmen werden.

Ich möchte für unsere Fraktion aber zu Beginn der Haushaltsberatung nicht versäumen Frau Karow für die letzten Jahre der Sparsamkeit, aber auch der Wachsamkeit über die finanziellen Möglichkeiten und auch der Begehrlichkeiten seitens der Politik zu danken.

Die Beharrlichkeit von Frau Karow hat uns in den letzten Jahren eine solide Basis geschaffen. Diese hat uns auch in neue Rechnungszeit der Kommunalfinanzen gebracht, die die Kameralistik ablöst und die sogenannte Doppik einführt, und damit auch die Politik vor große Veränderungen und Herausforderungen stellt.

Da Frau Karow in diesem Jahr ihre wohlverdiente Ruhephase der Altersteilzeit beginnt und damit auch letztmalig für den Fachbereich den Haushalt aufgestellt hat und dafür nun Rede und Antwort stehen darf oder muss, möchte ich im Namen der SPD Fraktion des Rates Ihnen, Frau Karow nochmals danken, sowohl für die geleistete Arbeit, aber besonders einen Dank für die Zusammenarbeit aussprechen.

Die Norderneyer Sozialdemokraten wünschen Ihnen persönlich eine gesunde, ruhige, ausgeglichene und zufriedene Zeit ohne Politik und Verwaltung, und wir werden uns zu gegebener Zeit gebührend von ihnen als wertvolle Persönlichkeit in diesem Amt verabschieden, da auch in diesem Jahr noch einige gemeinsame Arbeit bevorstehen wird.

Uns liegt heute der Haushaltsplan als Zahlenwerk vor, der auf dem ersten Blick mit Sorge zu betrachten ist, da der Finanzhaushalt für dieses Jahr eine Unterdeckung ausweist, der Ergebnishaushalt weiterhin aber ausgeglichen bleibt.

Der Fachausschuss für Haushalt und städtische Beteiligungen hat ausgiebig und öffentlich diesen Haushaltsentwurf beraten und mit großer Mehrheit in der vorliegenden Fassung an den Rat empfohlen.

Wenn der Zusammenschluss der beiden Wahlvorschläge von CDU und FDP, mit der unterstützenden stummen Zustimmung der früheren WIN, (vielleicht kann sich der ein oder andere noch an diese Gruppierung erinnern), diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmt, da der Hebesatz der Grundsteuer erhöht wurde,

darf ich das mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen.

Keines der hier vertretenden Ratsmitglieder macht eine Steuerhöhung zu seinem Ansatz, um den Haushalt zu sanieren.

Im Gegenteil, wir haben mit der Erhöhung des Hebesatzes auf einen Vergleich in der Gleichbehandlung des Winterdienstes auf der gesamten Insel reagiert und damit Klientelpolitik ausgeschaltet, welche ihnen sehr wichtig erscheint.

Auch die Begründung einer Ablehnung des Haushalts auf Grund des Stellenplans, der Inhalt der Vorlage ist, ist wohl eher fadenscheinig, da dieser keine Mehrbelastung durch die Besetzung des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters durch einen Angestellten anstatt eines Beamten keine Mehrbelastungen feststellbar sind.

Die allgemeine Ablehnungshaltung von CDU, FDP und damit auch der ehemaligen WIN sind nicht auf sachlichen und fachlichen Beweggründen zurückzuführen, sondern auf persönlichen Befindlichkeiten, die sich in einem Wahlmisserfolg begründen und damit die Entwicklung der Insel Norderney behindern.

Ich fordere Sie gerne auf, mit uns sachorientierte Politik zu machen, um Norderney weiter nach vorne zu bringen und dabei jede Parteigrenze zum Wohle der Insel zu überwinden.

Eine von Herren Ennen genannte Einheitspartei gibt es auf Norderney nicht, nicht einmal eine Allianz:

Aber für Norderney arbeiten wir als Sozialdemokraten gerne mit jedem zusammen, das sollten alle als eine Einladung für konstruktive Politik angesehen werden und für alle hier vertretenen Parteien.

Ein Zusammenstehen sehen wir besonders über alle Parteigrenzen hinaus in dem endlich beginnenden Ausbau der Regenentwässerung der Nordhelmsiedlung, dessen Start in diesem Jahr sein wird.

Ich kenne keine Haushaltsrede seit Bürgermeister Willi Lührs, in der diese Maßnahme nicht gefordert wurde.

In diesem Jahr dürfen wir verkünden: Wir fangen an und für die nächsten Jahre sind die Mittel für die Fertigstellung fest eingeplant.

Wir alle wissen um die Beschaffenheit auch von anderen Straßen und müssen sicherlich die vorhandene Prioritätenliste überarbeiten und die kommenden Haushalte einfließen lassen.

Hierbei wird das neu erstellte Straßenkataster sicherlich auch über die vorhandenen und sanierungsbedürftigen Leitungen Aufschluss geben, welche von städtischen Mitarbeitern erstellt wurden.

Der weitere Ausbau des tollen Angebots für Kinder, die Einrichtung „Kap Hoorn“ an der Marienstrasse ist mehr als begrüßenswert,

als Norderneyer SPD fehlen uns aber weitere Finanzmittel um die anderen Spielplätze, mit denen auch geworben wird, zu attraktiveren.

Es fehlen im Investitionsprogramm also Gelder für die Spielplätze „Am Kap“, „Südhoffstrasse“, „Alter Horst“ u.s.w. .

Auch das Jugendzentrum wird in diesem Haushalt wiederum benannt.

Das wir eine solche Einrichtung brauchen und finanziell ausstatten ist für die SPD keine Frage.

Aber politisch müssen wir das Angebot und die in Anspruchnahme durch die Jugendlichen dringend hinterfragen und durchleuchten.

Der Fachausschuss ist hier gefragt und wird, wie ich unterrichtet bin,

im nächsten Monat auch dieses Thema aufgreifen und sachgerecht bearbeiten.

Hier sind aber auch die Jugendlichen gefragt, die offen ihre Ansprüche und Wünsche formulieren müssen,

damit wir nicht politisch ein Konzept überstülpen, sondern eine zukunftsorientierte Jugendarbeit für Norderney beginnen.

Das Nationalparkhaus wird wie wir anhand des Zahlenwerks erkennen eine haushalterische Herausforderung.

Das Weltnaturerbe Wattenmeer muss in jedem Fall durch eine ansprechende Einrichtung auf unserer Insel repräsentiert werden.

Wir sind in der Pflicht in diesem Bereich die Natur dem Menschen näherzubringen und ein gesundes Maß an miteinander von Natur und Mensch zu fördern.

Die Umstellung des städtischen Finanzplans von der Kameralistik auf die sogenannte Doppik, die im weitesten Sinne eine doppelte Buchführung ist, ist nicht nur eine organisatorische Herausforderung.

Es ist nun auch so, dass wir die Abschreibungen komplett erwirtschaften müssen.

Diese Herausforderung ist meines Erachtens den Mitarbeitern um Frau Karow sehr gut gelungen, womit ich meinen Dank nochmals aussprechen möchte.

Doch die Erstellung der Eröffnungsbilanz, um das Vermögen der Stadt Norderney darzustellen, ist für die Fraktion ein wichtiger Bestandteil, der detailliert dem Haushalt vorangestellt sein sollte.

Daher bitte ich für die SPD Fraktion darum umgehend diese Aufstellung den Ratsmitgliedern zuzustellen.

Im Vergleich zu anderen Städten stelle ich fest, dass bei einer Investitionssumme von über 3,2Mio€ und einer geplanten Kreditaufnahme von 1Mio€ ein solider Haushalt vorliegt, dem die SPD Fraktion gerne zustimmt.

Wir sehen anhand des Haushalts des vergangenen Jahres, dass bei uns sehr pessimistisch gerechnet wird,

sodass durch höhere Gewerbesteuereinnahmen und eine höhere Zuweisung der Förderung der Strassenertüchtigungsmaßnahme ein besseres Ergebnis für 2011 erzielt wurde, als erwartet wurde.

Schließen möchte ich mit dem Hinweis, dass wir für das kommende Jahr schon in diesem Jahr den Haushalt beraten und beschließen sollten, um eine frühzeitige Sicherheit der Inselfinanz zu haben.

Das es im Jahr nach den Kommunalwahlen schwer ist früh einen Haushalt zu präsentieren ist sicherlich klar,

aber ich bitte die Haushaltspolitiker schon jetzt, nach getaner Arbeit, für 2012 die finanziellen Rahmen für 2013 abzustecken

und die im Rat vertretenen Parteien sollten ihre Begehrlichkeiten für das nächste Investitionsprogramm schon jetzt überdenken und formulieren.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um die Zustimmung aller Ratsmitglieder zu diesem Haushalt.